

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

6. Juni 2013

Antrag

An die Bezirksversammlung Hamburg-Nord

**Libysche Flüchtlinge:
Für humanitäre Hilfe im Bezirk Nord und eine Aufenthaltsperspektive sorgen!**

Seit mehreren Wochen sind rund 300 afrikanische Flüchtlinge, die aus Libyen über Italien nach Hamburg kamen, auf der Straße zu Hause. Viele von ihnen sind erkrankt und bedürfen medizinischer Versorgung. Den Behörden ist diese Tatsache bekannt, da die Flüchtlinge bereits im Rahmen des Winternotprogramms Unterschlupf fanden. Dennoch war es angesichts der angespannten Lage in der öffentlichen Unterbringung nicht möglich, ihnen anschließend Obdach zu gewähren. Zudem haben sie in Hamburg keinerlei Anspruch auf ein Asylverfahren und damit rein rechtlich kein Bleiberecht, da ihre Einreise über Italien erfolgte.

Diese Situation ist für die GRÜNE Fraktion nicht hinnehmbar, zumal eine zumindest kurzfristige Lösung im Bezirk Nord in greifbare Nähe gerückt war: Die Unterbringung in einer Langenhorner Schule, die unter großem persönlichen Einsatz des Bezirksamtsleiters kurz vor der Realisierung stand und zumindest einem Teil der Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf beschert hätte, scheiterte an den Auflagen des Senats. Durch eine erkennungsdienstliche Behandlung hätte sich die Diakonie, die die Unterbringung in der Schule betreut hätte, am Abschiebeverfahren beteiligt.

Zwischenzeitlich sind knapp 100 Flüchtlinge in einer Kirche auf St. Pauli untergekommen - der Rest lebt aber weiterhin auf der Straße. Hier muss umgehend humanitäre Hilfe geleistet und weiter auch im Bezirk Nord nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden - ohne dabei Politik auf dem Rücken der Flüchtlinge zu betreiben.

Dass Europa Italien mit dem Flüchtlingsansturm alleine lässt, ist eine Sache - eine andere ist es, die in Not geratenen Menschen, die jetzt Hilfe benötigen, im Stich zu lassen. Menschen in Not dürfen niemals Spielball der Politik sein! Eine Aufenthaltsperspektive für die afrikanischen Flüchtlinge ist ein Akt der Menschlichkeit, der diesen Menschen die nötige Ruhe nach ihrer Flucht verschaffen würde.

Die Bezirksversammlung möge daher beschließen:

1. Wir fordern die zuständige Behörde auf, weiter nach Unterbringungsmöglichkeiten für die afrikanischen Flüchtlinge auch im Bezirk Nord zu suchen und schnellstmöglich für medizinische Hilfe zu sorgen.

2. Wir fordern den Senat auf, dafür zu sorgen, dass diese Menschen nicht weiter Spielball der hoch problematischen europäischen Flüchtlingspolitik sind – dies verstößt gegen die Menschenwürde. Hierfür soll der Senat einen Weg finden, diesen Menschen aus humanitären Gründen eine Aufenthaltsperspektive in Deutschland zu eröffnen.

Michael Werner-Boelz
Christiane Rehländer
Ulrike Sparr
und GRÜNE Fraktion